



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2012
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 23.05.2012
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Haushaltssanierungsplan des Doppelhaushalts 2012/2013
Vorlage: 0333/2012
7. Haushaltsplanberatungen 2012/2013
2. Lesung
8. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0431/2012
9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen
Vorlage: 0310/2012
10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüsst die Anwesenden und gratuliert der Jugendamtselternvertreterin Frau Debudaj zur Geburt ihrer Tochter.

2. Mitteilungen

Frau Burg-Ahrendt lädt die Ausschussmitglieder zu dem Tanz- und Theaterprojekt „Hinterm Horizont“ ein, das am Freitag, dem 25. Mai ab 17.00 Uhr im Ratsaal im Rathaus an der Volme stattfindet.

Herr Strüwer berichtet, dass der Kinderschutzbund in den letzten Wochen das Jubiläum „5 Jahre Haus des Kindes“ gefeiert habe. Es sei eine tolle Veranstaltung gewesen und er habe Grüße des Jugendhilfeausschusses ausgerichtet.

Herr Losch informiert darüber, dass die Veranstaltung gegen sexuellen Missbrauch von Kindern „Das Schweigen brechen“ am Samstag, den 26.05.2012 um 16.00 Uhr auf dem Friedrich –Ebert-Platz stattfindet. Er habe in der letzten Sitzung versehentlich ein falsches Datum genannt.

Herr Steuber gibt bekannt, dass man bei der U-3-Befragung einen Zwischenstand erreicht habe. Es gebe einen Rücklauf von rund 30%. Das sei erfreulich. Die Meldebögen könnten noch abgegeben werden, obwohl die Frist bereits abgelaufen sei. Sobald Ergebnisse vorlägen, würden diese im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Zurzeit laufe bei Radio Hagen ein Webespot für die Tagespflege.

Er freue sich außerdem, mitteilen zu können, dass man die Zustimmung erhalten habe, 16 befristete Arbeitsverträge von Erzieherinnen zu entfristen.

Herr Strüwer freut sich über diese Nachricht. Die Initiative dafür sei aus dem Kreis des Jugendhilfeausschusses gekommen.

Herr Fischer berichtet, dass der Aufmarsch von Pro-NRW-Aktivisten die erste große Bewährungsprobe für das Bündnisbüro gewesen sei. Man habe zusammen eine gute Lösung gefunden, darauf zu reagieren.
Er lädt herzlich ein zum zweiten „Vielfalt tut gut-Festival“, das am 02. Juni ab



14.00 Uhr im Ferdinand-David-Park stattfindet.

Herr Strüwer lobt das vorbildliche Verhalten des Jugendringes und aller anderen Beteiligten beim Protest gegen die Pro-NRW-Aktion. Man sei mit viel Bedacht an die Sache herangegangen und habe eine gute Organisationsform vorgeschlagen.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Talash nimmt Bezug auf den Antrag des Jugendrates auf Einrichtung einer öffentlich nutzbaren Grillstelle, der in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses bereits behandelt worden sei. Man habe sich am gestrigen Tag mit allen Beteiligten zusammengesetzt und auch eine Lösung gefunden. Diese bestehe darin, dass sich junge Leute den Schlüssel im Jugendzentrum Haspe ausleihen könnten und an einer Grillstelle auf dem Abenteuerspielplatz „Im Zipp“ grillen dürften. Rechte und Pflichten müssten allerdings zuvor vertraglich vereinbart werden.

Herr Strüwer würde sich freuen, wenn dieses Angebot angenommen würde. Man solle es über den Jugendrat Haspe bekannt machen. Dann könne man auch zu Erfahrungswerten kommen.

Frau Borgräfe berichtet, dass das Graffiti-Projekt demnächst wieder in Hagen fortgeführt werde. Ein Autohaus habe bereits eine Fläche zum Besprayen angeboten.

Herr Strüwer macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass in der Presse in letzter Zeit vermehrt über Graffiti in Form von Verunstaltungen von Privathäusern berichtet worden sei. Das seien klassische Schmierereien, die nicht akzeptabel seien und strafrechtlich zu verfolgen seien. Von daher sei dieses Projekt eine gute Möglichkeit, Graffiti-Künstlern die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten legal zu entfalten. Das Bewusstsein müsse bei den jungen Menschen dahingehend verschärft werden.

4. Bündnis für Familien

Frau Walter freut sich, mitteilen zu können, dass die Neuauflage der Hagener Familienkarte zu den Familien in Hagen unterwegs sei.

Sie berichtet über die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten dieser Karte.

Herr Strüwer lobt diese erfolgreiche Aktion und erinnert daran, dass die Idee aus dem ehrenamtlichen Bereich stamme.

Herr Dr. Schmidt kündigt eine Vorlage zum Thema „Familienkarte und städtische Angebote“ an. Er hoffe, dass diese in der nächsten Sitzung des Jugendhil-



feausschusses präsentiert werden könne.

5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte berichtet zum allgemeinen Stand des U-3-Ausbaus. Die Maßnahmen seien in der letzten Sitzung vorgestellt worden und seien gut angelaufen. Sie gehe davon aus, dass der Zeitplan einzuhalten sei.

Herr Dr. Schmidt berichtet über den aktuellen Stand zur Schadstoffbelastung in der Kindertagesstätte am Eschenweg.

Die gemessenen Werte der Chemikalie Tatrachlorethen lägen zwar unter dem Grenzwert, dennoch müsse man angesichts der erhöhten Werte tätig werden.

Von Seiten der Eltern gebe es ein eindeutiges Votum. Von 80 angeschriebenen Eltern hätten 56 einen Fragebogen beantwortet, ihre Kinder bis Sommer 2013 in der Einrichtung zu belassen. Er plädiere dafür, eine technische Lösung zu finden. Es gebe da zwei alternative Möglichkeiten.

Für den 12. Juni sei eine weitere Elternversammlung geplant. Danach werde man das weitere Vorgehen beraten.

Herr Strüwer lobt die Verwaltung, dass sie so offen und sensibel mit dem Thema umgegangen sei und die Eltern frühzeitig informiert habe. Es sei notwendig, die Gesundheit der Kinder an erster Stelle zu sehen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Werte noch weiter in den Bereich der Unbedenklichkeit zu reduzieren. Gleichzeitig müssten aber auch Möglichkeiten aufgezeigt werden, den Kindergarten zu erhalten, da die Situation bei den U3-Plätzen ohnehin angespannt sei.

Frau Versteeg-Schulte teilt auf Rückfrage von Herrn Strüwer mit, dass das Projekt des BSH unabhängig von der Entwicklung in der Kindertagesstätte im Eschenweg als zusätzliches Projekt gedacht gewesen sei.

Herr Strüwer weist auf die gute Lage des Kindergartens Eschenweg hin. Außerdem seien im Zuge des Konjunkturpaketes II vor zwei Jahren 516.000 € in die Kita investiert worden.

Herr Dr. Schmidt bedankt sich in dem Zusammenhang bei Frau Klos-Eckermann, die in ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende vom BSH die Gelegenheit sofort aufgegriffen habe.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Befragung unter dem Tenor erfolgt sei, dass die Kinder bis zum 31.07.2013 in der Einrichtung verblieben. Es sei nicht um die dauerhafte Weiterführung gegangen.

Herr Strüwer erklärt, er habe es so verstanden, dass man im Moment dabei sei, weitere Möglichkeiten zu erkunden und weitere Informationen zu geben. Dann werde man die Sache Schritt für Schritt angehen. Er habe keine Bedenken, entsprechend zu verfahren. Die Eltern könnten diese Lösung nach wie vor oh-



ne Bedenken für sich als Priorität ansehen. Er gehe davon aus, dass der Ausschuss in den nächsten Sitzungen weiter auf dem Laufenden gehalten werde.

Herr Fischer spricht sich dafür aus, Bedenken gegen eventuelle gesundheitliche Bedrohungen – sofern möglich – auszuräumen. Ansonsten könnten Bedenkenträger durch die Aktionen auf den Plan gerufen werden. Da könne eine Verunsicherung eintreten, die unnötig sei, wenn das Gutachten Unbedenklichkeit ausweise.

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass er sich selbst als Bedenkenträger sähe. Die Werte seien erhöht und könnten sich im Sommer verändern. Er könne niemandem empfehlen, einen erhöhten Wert so zu belassen. Da müsse man aus Präventionsgründen etwas tun. Aus Umweltsicht müsse in jedem Fall wegen des Grundwassers etwas passieren. Da komme man an einer technischen Lösung nicht vorbei.

Herr Strüwer erklärt, dass er vorausgesetzt habe, dass regelmäßige Messungen stattfänden. Er ermuntere die Verwaltung, alles zu tun, die Kindertagesstätte zu erhalten.

6. Haushaltssanierungsplan des Doppelhaushalts 2012/2013 Vorlage: 0333/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert daran, dass man in der letzten Sitzung gehofft habe, dass der Jugendbereich im Rahmen der Maßnahme der Haushaltssanierung geschont würde, zumal man in den letzten zehn Jahren Haushaltssanierungsmaßnahmen sehr intensiv im Ausschuss diskutiert worden seien. Diese Hoffnung sei bestätigt worden. Es gebe lediglich drei Maßnahmen, von denen man betroffen sei.

Frau Walter gibt Hinweise zum Haushaltssanierungsplan. Die angesprochenen Maßnahmen im Jugendbereich seien lediglich rechnerischer Natur.

Herr Strüwer erklärt, man habe vor zwei Jahren einen sehr umfangreichen Konsolidierungsvorschlag seitens der Verwaltung gemeinsam mit allen Beteiligten im Jugendbereich beraten und dabei gute Kompromisse im Jugendhilfeausschuss gefunden. Er richtet seinen Dank an alle Beteiligten.

Er stellt die Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt folgenden Maßnahmen im Rahmen des Haushaltssanierungsplans des Doppelhaushaltes 2012/2013 zu:

- Maßnahmen-Nr.: 12_55.001
Bezeichnung Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen
(Seite 126)
- Maßnahmen-Nr.: 12_55.006
Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen
der Umsetzung des KiföG; Belastungsausgleich U3 (Seite 127)
- Maßnahmen-Nr.: 12_GWH.001
Reduzierung der Bauunterhaltung (Seite 140)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

**7. Haushaltsplanberatungen 2012/2013
2. Lesung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Punkt findet keine weitere Diskussion statt.

Herr Strüwer lässt über den Haushaltsplanentwurf 2012/2013 abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2012/2013 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2



8. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0431/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Herr Gebauer ergänzt die Ausführungen aus Sicht der AG 3. Er sei gebeten worden, den Wunsch der Träger weiterzuleiten, dass, wenn 50 % von ihnen in diese Koordinierungsstelle eingebracht würden, man auch zu 50 % daraus partizipieren wolle.

Herr Strüwer ist darüber irritiert, dass einleitend gesagt worden sei, es solle keine reine Geldverteilungsaktion sein. Als man seinerzeit mit dem Aufbau der Familienzentren in möglichst vielen Stadtteilen gestartet sei, habe man bei der Prioritätensetzung auch soziale Indikatoren gehabt. Man sei sich darüber einig gewesen, dass es nötig sei, so kleinräumlich wie nur möglich Familienzentren als Anlaufstelle für alle Eltern zu schaffen. Es gebe 17 Familienzentren und 100 Kindertageseinrichtungen. Er fände es erschreckend, wenn man jetzt sagen würde, man habe das Soll erreicht. Seines Erachtens müsse man stärker nacharbeiten als in den letzten beiden Jahren. Das werde auch sicher eine Aufgabe für die Landesregierung sein.

Frau Versteeg-Schulte bedankt sich für den Hinweis. Das habe sie irreführend dargestellt. Der Hintergrund sei der, dass die Familienzentren artikulierten, dass das Geld ausreiche, sie aber eine weitere fachliche Qualifizierung und die Entwicklung von Standards benötigten. Das könne man in den einzelnen Quartieren nicht leisten. Es bestehe jetzt die Überlegung, Familienzentren in ihrer ursprünglichen Entwicklung weiter zu gestalten und anders auszuformen.

Herr Reinke schlägt angesichts der Einigkeit in der AG 3 und der Antragsfrist 15. Juni vor, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen und das Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen, und ein Papier zu erstellen, über das erneut diskutieren könne.

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass sie es im Prinzip für eine sehr gute Sache halte. Flächendeckende Arbeit benötige Koordination, um gewisse Vernetzungsstrukturen darzustellen. Den Hinweis von Herrn Gebauer habe sie nicht verstanden. Da bäte sie ggf. in nächster Beratung um Aufklärung. Weiterhin richtet sie die Frage an Herrn Dr. Schmidt, wie weit man mit den „Frühen Hilfen“ sei, da dieses Thema ja eng mit dieser Thematik verknüpft sei.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die Entwicklung der „Frühen Hilfen“ mit finanziellen Ressourcen zusammenhänge. Der Ausschuss habe soeben den Haushalt 2012/2013 beschlossen. Da seien Mittel für „Frühe Hilfen“ eingeplant. Abhängig sei es auch davon, ob das Sparpaket so beschlossen würde.



Herr Steuber macht deutlich, er habe das Anliegen von Herrn Gebauer so verstanden, dass auch für diese Aufgabenstellung im Volumen einer halben Stelle Ressourcen bereitgestellt würden. Es gehe darum, die Kombination zu organisieren, die Umsetzung des Konzepts „Frühe Hilfen“ mit dieser Koordinierungsstelle für die Hagener Familienzentren aus einer Hand wahrzunehmen. Es mache Sinn, das in einer Hand zu bündeln. Er wolle noch daraufhin weisen, dass es weitaus mehr als 17 Familienzentren gebe. Es gebe viele Kindergärten, die einen gemeinsamen Verbund zu einem Familienzentrum gemacht hätten. Da käme man auf eine Zahl von weit über 30.

Herr Gebauer weist darauf hin, dass das nicht seine persönliche Aussage gewesen sei, sondern die aller Träger.

Frau Versteeg-Schulte macht deutlich, dass der Wunsch von Herrn Reinke, das in der nächsten Sitzung im Juni erneut zu beraten, zeitlich nicht zu erfüllen sei. Das könne frühestens nach den Sommerferien erfolgen. Es sei ja auch erneuter Abstimmungsbedarf mit den Trägern nötig.

Herr Steuber erklärt, dass es einen städtischen Mitarbeiter gebe, der nach Auslaufen des Projekts Tagespflege am 31.08.2012 nahtlos diese Aufgabe übernehmen könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zur Verwendung der 2 neuen Kontingente wie in der Vorlage dargestellt zu.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung die erforderliche Meldung bis zum 15.06.2012 beim Ministerium einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen Vorlage: 0310/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert das Integrationskonzept. Es beinhalte 98 Maßnahmen.



Herr Strüwer erklärt, er habe dem Konzept entnommen, dass Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Er gehe davon aus, dass diese im politischen Rahmen abgesprochen würden.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die entscheidenden Dinge des Papiers den Handlungsempfehlungen zu entnehmen seien.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Das vorliegende Integrationskonzept wird als Grundlage der Integrationsarbeit in Hagen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird – unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität für den städtischen Haushalt – beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die RAA zu einem kommunalen Integrationszentrum umzuwandeln.
3. Das künftige kommunale Integrationszentrum wird mit der Umsetzung der Maßnahmevorschläge in Kooperation mit den in der Integrationsarbeit engagierten Verbände und Vereine beauftragt.
4. Über den Umsetzungsstand wird dem Integrationsrat und dem Sozialausschuss mindestens einmal jährlich berichtet.
5. Dieser Beschluss wird zum 31.12.2012 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.20 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin